

Erscheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannsgasse 23.

Im Verlage der Redaction:

am Mittw. 10-12 Uhr.

am Samstag 4-6 Uhr.

Abnahme der für die nächst-

folgende Nummer bestimmten

Preise an Wochenenden bis

1 Uhr Nachmittags, an Sonn-

und Feiertagen früh bis 7 1/2 Uhr.

zu den Adressen für Zus. Anträge:

Die Redaction, Universitätsstr. 23.

oder die Buchhändler, Johannisstr. 18, p.

nur bis 7 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,300.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,

incl. Frachtlohn 5 M.,

durch die Post bezogen 6 M.

Jede einzelne Nummer 25 Pf.

Belegexemplar 10 Pf.

Gebühren für Extrablätter

ohne Postbeförderung 30 Pf.

mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 5 Ggpf. Petitzeile 20 Pf.

Größere Schriften laut anderen

Preisverzeichniss. — Tabellarisch.

Zeit nach überem Tarif.

Reklamen unter dem Verbandsdruck

die Spaltzeile 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition

zu senden. — Rabatt wird nicht

gegeben. Zahlung pränumerando

oder durch Postnachschuß.

№ 109.

Freitag den 19. April 1878.

72. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Für die Droschken-Loudfahrten nach Wödrern einschließlich der Caserne daselbst (Fahrtag III. des Reglements) und Tarifs für das Droschkenwesen in Leipzig, vom 29. September 1874) haben wir folgende veränderte Tare festgesetzt:

Personenzahl.

1	2	3	4
125 Pf.	150 Pf.	175 Pf.	200 Pf.

Diese Tare tritt mit dem 30. April dieses Jahres in Geltung.

Leipzig, am 16. April 1878.

Der Rath und das Polizei-Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Dr. Rüder. Bangemann.

### Oeffentliche Handelslehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in der höhern Abtheilung, deren Reifezeugnisse zum einjährigen Privatwillkürdienste berechtigen, am 25. April. Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeichnete in den Wochentagen von 10 bis 12 1/2 Uhr, und Prospeete sind im Schulgebäude zu haben.

C. Wolfram, Director.

Leipzig, 18. April.

Der neue Finanzminister Hobeck spielt eine eigenthümliche Rolle; daß sie nicht gerade sagen können, können wir nicht gerade sagen. Warum ist denn Camphausen gefallen, ohne daß irgend Jemand einen ernsthaften Versuch gemacht hätte, ihn zu halten? Das kam von der Halbheit, in die der wadere Mann unter dem Druck der Zeit wirren schließlich geraten war. Halb zog es ihn zum Monopol hin, halb widerstrebte er ihm; mit dem einen Fuße stand er noch im allgemeinen Gebiete des Freihandels, mit dem andern strebte er bereits in das „alleinseigmachende“ Reich des Schutzzolls hinüber. So kam der Mann ins Straucheln, und weder die Anhänger der seitberigen Wirtschaftspolitik, noch die Förderer und Förderer einer neuen schülten sich gedrungen, ihn über den stürzenden Arm hinzuhalten. Immerhin muß ihm nachgesagt werden, daß er in seiner guten Zeit ein ganzer Mann war, der nach den Grundfragen und Zielen, die er für die rechten erkannt hatte, selbstständig arbeitete und sich nie die Initiative, die einleitende und leitende That in wirtschaftlichen und steuerlichen Kernfragen nehmen ließ. Als nun die Finanzleitung nach manderlei Irrfahrten beim Oberbürgermeister der Reichshauptstadt anlangte und dieser auch nicht zögerte, das von seinen Vornämtern ausgelegene Portefeuille anzunehmen, da durfte man doch wohl hoffen, daß der neue Finanzminister, der so getrost das Steuerdringd ergriff, den lange gesuchten Steuerreformplan entweder schon in der Tasche habe oder doch über Ideen und Materialien dazu verfüge und sich nun alsbald an deren selbstständige Verarbeitung machen werde. Jetzt heißt es auf einmal — und wir haben der seltsamen Nachricht schon gestern Erwähnung gethan — daß Herr Hobeck die verschiedenen preussischen Finanzminister aufgefodert habe, Steuern, die ihrem Verwaltungsbereiche nahe liegen, vorzuschlagen und diese Vorschläge dem Gesamtministerium zu unterbreiten. Da möchte man doch die Begriffsfrage stellen: Wo ist der Finanzminister? Wo bleibt Herr Hobeck mit seiner Initiative und mit seinen Steuerreformvorschlägen? Was nun aber die Nachricht, der bis jetzt noch nicht widerprochen wurde, in Richtigkeit beruhen oder nicht, mag der Finanzminister, wie es sich gebührt, den neuen Plan vorbereiten, oder mag dies über seinen Kopf hinweg Herr Hobeck thun —, sicher ist, daß der Steuerreformplan noch in den ersten Anfängen, noch in dem Stadium unsicherer Umherstehens und vorbereitender Experimente steht. Was dabei herauskommen wird, weiß noch Niemand; nur das schimmert deutlich durch, daß die neue Regierung stark daran denkt, die bisherige Steuer- und Zollpolitik aufzugeben, den ganzen Boden der bisherigen Wirtschaftspolitik zu verlassen. Und da muß man unserer Partei zu den Spuren der Regierung nach wie vor zu folgen, mit dem alten Vertrauen, mit der alten Treue! Die entscheidenden Gegner der Regierung wie diejenigen, die ihr blindlings folgen, geben sich jetzt in gleicher Weise Mühe, die Nationalliberalen der Inconsequenz, des Widerspruchs zu zeihen: wer A gesagt, müsse nun auch B sagen; wer einmal der Regierung gefolgt, dürfe nun auch nicht von ihr abspringen; entweder habe er früher gefehlt oder er fehle jetzt. Auch die neueste halbamtliche „Provinzialcorrespondenz“ bringt einen Artikel, in welchem sie des langen und Breiten nachzuweisen sucht, daß die Nationalliberalen eine Schwankung gemacht, daß ihre jetzige Haltung ihrer früheren nicht entspreche. Diesen Vorwürfen geben wir einfach der Regierung zurück. Nicht unsere Partei hat geschwankt, sondern die Regierung steht im Begriffe, dies zu thun. Unsere Ziele sind dieselben nationalen, dieselben liberalen geblieben, die sie gewesen sind seit der Begründung der Partei und die ganzen Jahre hindurch. Die Regierung trotz der augenblicklichen Schwankungen diesen Zielen treu, lehrt sie

entschieden auf die Bahn zurück, auf der wir bisher mit einander gegangen —, so liegt kein Grund vor, weshalb unsere Wege sich trennen sollten. Wir haben bereits gestern gesagt, daß wir die Hoffnung auf Verständigung noch immer nicht aufgeben. Aber freilich darf man nicht verlangen, daß die Partei die Verständigung nicht etwa mit einzelnen Opfern, sondern mit dem Opfer ihrer selbst, mit ihren Grundfragen, ihrem Bestande und ihrer Zukunft erkaufe. An den Patriotismus der nationalliberalen Partei ist noch niemals vergeblich appellirt worden; aber eben der Patriotismus ist es, der ihr verbietet, mit Aufopferung ihrer selbst eine Wendung herbeizuführen zu helfen, die nach ihrer innersten Ueberzeugung verhängnisvoll für das Vaterland werden könnte.

Die Stellung der Nationalliberalen zur Tabaksteuerfrage ist Gegenstand eingehender Besprechung in der Parteipresse und lebhafter Kritik in den gegnerischen Blättern. Diesen würde die Verwerfung des Monopols schon gefallen; doch wollen sie Nichts von einer Enquete wissen, der unsere Partei nicht unter allen Umständen entgegen ist. Sie sagen: die Nationalliberalen lehnen das Tabakmonopol sowie eine annähernd den gleichen Ertrag liefernde Fabriksteuer ab, aber sie nehmen die ausgeprochenen Vorschläge zur Vorbereitung eines dieser beiden Ziele bestimmte Enquete an. Das wäre allerdings ein unüberbarer Widerspruch. Aber die nationalliberale Fraction (dies constatirt neuerdings das Organ der Partei, die „N. L. C.“) denkt gar nicht daran, diese Enquetevorlage mit diesen Zwecken anzunehmen. Im Gegentheil, wenn sie von vornherein erklärt, weiter das Monopol noch eine entsprechend hohe Fabriksteuer annehmen zu wollen, so lehnt sie damit selbstständig zugleich die Beteiligung an allen Schritten ab, welche dieselben vorbereiten sollen. Anders aber verhält es sich mit der Frage, welche Stellung man zu einer behufs anderweitiger Besteuerung des Tabaks überhaupt anzustellenden Untersuchung nehmen soll. Wenn die nationalliberale Fraction einerseits sagt: da wir Monopol und entsprechende Fabriksteuer ablehnen, so hat für uns eine auf dieselben gerichtete Enquete keinen Sinn, — so sagt sie andererseits: wenn die Regierung aber behufs Ausbesserung der zweckmäßigsten Besteuerung innerhalb derjenigen Grenzen, welche durch die Lebensbedingungen der verschiedenen mit dem Tabak befaßten Gewerbezeige gezogen sind, noch besonderer Ermittlungen zu bedürfen glaubt, so sind wir bereit, ihr die Mittel dazu zu bewilligen. Die Beurtheilung dieser Frage muß der Regierung überlassen werden, weil ihr in dieser ganzen Angelegenheit naturgemäß die Leitung zufällt. Erklärt dieselbe, daß eine Enquete, welche nicht auf das Monopol oder eine gleichwertige Fabriksteuer gerichtet sein soll, für sie keinen Werth habe, so stehen sich die beiderseitigen Standpunkte unvereinbar gegenüber und die ganze Angelegenheit muß zur Zeit fallen gelassen werden. Wünscht sie aber, statistische Erhebungen in den angeordneten Grenzen vornehmen zu lassen, so wird es darauf ankommen, sich in einer Commission des Reichstags über eine entsprechende Abänderung der Enquetevorlage zu verständigen. Jedermann erkennt, daß diese Position von einer Annahme der Enquete schlechtweg, wie man sie der Fraction vorwirft, himmelweit entfernt ist. — Freilich, auch diese Position wird, namentlich in fortschrittlichen Organen, heftig getadelt; aber und scheint, als ob diejenigen, welche die Consequenz als oberste politische Maxime verehren, diesmal der nationalliberalen Fraction die größte Inconsequenz zumutheten. Die Redner der Fraction haben in der Debatte über die Steuerentwürfe rüchellos zugegeben, daß in einem umfassenden Steuerreformplane eine einträglichere Besteuerung des Tabaks einen hervorragenden Factor werden bilden müssen. Welcher Landesangehörige würde es da versehen, wenn die Nationalliberalen jetzt, soweit es in ihrer Macht liegt, der Regierung die Vorarbeiten zu einer in diesem

### Bekanntmachung.

Auf dem zwischen der König- und Hospitalstraße gelegenen Tracte der Stephanstraße sollen die Fahrstraßen mit bosartigen Steinen gepflastert, die Fußweganpflasterung von Mosaispflaster beseitigt und die hierzu erforderlichen Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die betreffenden Bedingungen und Anschlagformulare können auf unserem Bauamte, Rathhaus, 2. Etage, eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

„Pflasterungen in der Stephanstraße“

bis zum 1. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und veriegelt einzureichen sind.

Leipzig, den 17. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Bangemann.

### Bekanntmachung.

Auf dem zwischen König- und Hospitalstraße gelegenen Tracte der Stephanstraße sollen Granitschwellen gelegt und die hierzu erforderlichen Arbeiten einschließlich der Schwellenlieferung an einen Unternehmer vergeben werden.

Die betreffenden Bedingungen und Anschlagformulare können auf unserem Bauamte, Rathhaus, 2. Etage, eingesehen werden, woselbst auch die Offerten mit der Aufschrift:

„Schwellenlegung in der Stephanstraße“

bis zum 1. Mai d. J. Nachmittags 5 Uhr unterschrieben und veriegelt einzureichen sind.

Leipzig, den 17. April 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Tröndlin. Bangemann.

Sinne gehaltenen Tabaksteuer unmöglich machen wollten? Später, wenn die Regierung mit fertigen Steuerplänen hervortritt, wird die nationalliberale Fraction die volle Freiheit des Urtheils über dieselben haben; für jetzt aber eine Enquete in den bezeichneten Grenzen, vorausgesetzt, daß die Regierung eine solche fordert, zu verweigern, würde der Logik im Gesicht schlagen heißen. Eine bessere Handhabung für eine gewisse Sorte von Verleumdern der nationalliberalen Partei ließe sich gar nicht denken. Die Nationalliberalen würden daschen als Leute, welche jahrelang eine Steuerreform verlangten, in dem Augenblick aber, als die Regierung mit der Vorbereitung derselben Ernst machen wollte, ihr die unverfänglichen Mittel dazu versagten. Die Entschuldigung, daß zur Zeit keine Aussicht sei, die unerlässlichen constitutionellen Garantien zu erlangen, würde ihnen dabei wenig helfen. Die Verfassung dieser Garantien seitens der Regierung würde und müßte ein Grund sein, dereinst die fertigen Steuerentwürfe abzulehnen; ihre ausdrückliche Gewährung aber zur Vorbereitung bloß vorbereitender Ermittlungen über künftige Steuern zu machen, würde den Vogen viel zu straff spannen heißen. Die nationalliberale Partei findet auch heute ihre Aufgabe nicht darin, parlamentarische Kraftproben anzustellen, sondern soviel an ihr ist, positive Schaffen zum Wohle der Gesamtheit zu ermöglichen.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 18. April.

Der Kaiser ist von seinem Unwohlsein jetzt völlig wieder hergestellt und macht täglich in gewohnter Weise seine Spazierfahrten. Die Reise nach Wiesbaden wird voraussichtlich in der nächsten Woche erfolgen. Auch spricht man davon, daß das Kaiserpaar sich möglicherweise am dem 25. jährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs von Weimar, des Bruders der Kaiserin, persönlich beteiligen wird. Dieses Fest, zu dem großartige Vorbereitungen getroffen werden, findet am 8. Juni statt.

Die Roth, daß der Gedanke der Ernennung des deutschen Kronprinzen zum Regenten von Elsaß-Lothringen in Regierungskreisen noch nicht in Erwägung gekommen sei, wird der „Post“ von competenten Stelle als irrthümlich bezeichnet.

Die nach der im Reichstage am 5. d. M. seitens des Staatsministers Hofmann abgegebenen Erklärung geplante Einführung der süddeutschen Biersteuer in Nord- und Mitteldeutschland gründet sich auf Art. 35 der Reichsverfassung, wonach die Bundesstaaten ihr Bestreben darauf richten werden, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung des inländischen Bieres und Brauntweins herbeizuführen. Das neue Project ist, wie die „Börsliche Zeitung“ hört, hauptsächlich dadurch veranlaßt worden, daß der Reichstag den ihm im Jahre 1875 vorgelegten Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Brausteuern abgelehnt hat. Man hofft jetzt durch Einführung der süddeutschen Biersteuer in Nord- und Mitteldeutschland eine Mehreinnahme aus der Bierabgabe zu erzielen, wie auch eine Verbesserung des Bieres. Fürst Bismarck deutete dies bereits bei der ersten Beratung des gedachten Gesetzentwurfs in der Reichstagsitzung vom 22. November 1875 an, indem er sagte: „Es ist Ihre Sache, die Steuern so aufbringen zu helfen, wie es dem Lande am nützlichsten ist, und wenn Sie nicht unserer Meinung sind, so müssen wir uns mit der Hoffnung trösten, daß Sie es künftig sein werden. Also in diesem Sinne möchte ich Sie bitten, zunächst das Gesetz für die Bierbesteuerung anzusehen, das noch den großen Vortheil hat, daß es die Besteuerung für Nord- und Süddeutschland einander nähert, und daß es der erste in der Verfassung vorgesehene Schritt ist auf der Bahn einer künftigen Gleichstellung, die zwar noch immer nicht zu erreichen sein wird, so lange der norddeutsche Verzehr in Bier dem süddeutschen nicht gleichkommt. Die Süddeutschen haben eine sehr viel höhere Einnahme, weil in Süddeutschland viel

mehr getrunken wird per Kopf; es ist aber auch viel besser.“ Hierauf entgegnete damals der Abg. Dr. Löwe, er könne der Vorlage auch nicht aus dem Grunde beistimmen, weil sie einen Ausgleich mit Süddeutschland bezwecke. Wollte man eine Ausgleichung, so müsse man vor Allem auch den Steuermodus, wie er in Süddeutschland in Anwendung komme, bei uns einführen. Es liege dies selbst im Interesse der Brauer, deren Fabrikate durch die Surrogate nur verdrängt würden. Die Besteuerung der Surrogate müßte daher, wie in Bayern, ganz in Wegfall kommen und so die Brauer gezwungen werden, Bier nur aus Hopfen und Malz zu brauen.

Der Bundesrath erteilte dem von Preußen beantragten Gesetzentwurf wegen Abänderung der §§. 30 und 33 der Gewerbeordnung, Concessionirung von Gastwirthschaften, seine Zustimmung.

Der Minister des Innern, Graf (Bothe) zu Eulenburg und der Finanzminister Hobeck sind nunmehr „an Stelle der aus dem Amte geschiedenen Staatsminister“ Graf (Friedrich) zu Eulenburg und Camphausen zu preussischen Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden. Der neue Handelsminister, Raybach, gehört dem letzteren schon seit längerer Zeit an.

Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt: Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es zur Bekämpfung der Socialdemokratie von Wichtigkeit sein würde, wenn es einem Schriftsteller gelänge, den beherrschten Volksmassen klar zu machen, wie wenig die Menschen nach ihrer inneren Natur für ein Staatswesen geeignet sind, welches von jedem seiner Bürger den ausopferndsten Gemeinnutzen verlangt. Es ist von jeher ein verhängnisvoller Fehler der Weltverbesserer und zumal der edelsten und begeistertsten gewesen, daß sie, die ihnen persönlich innewohnende Kraft und Einsicht ohne Weiteres bei allen ihren Mitmenschen voraussetzend, tief eingewurzelte menschliche Einrichtungen reformiren zu können glauben, ohne die Menschen selbst zu reformiren. Die Socialdemokratie spricht sogar in einem und demselben Athem von der intellectuellen und moralischen Verkommenheit der menschlichen Gesellschaft und einem Zukunftsstaate, welcher die größte Vollkommenheit derselben zur Voraussetzung hat. Dieser schreiende Widerspruch ist nur dadurch zu erklären, daß man die Menschen nicht als Subjecte, sondern einfach als Objecte ansieht, welche für das jeweilige Bedürfnis einer veränderten Weltordnung sich zu stützen lassen. Hat doch auch die wissenschaftliche Nationalökonomie über die Beobachtung wirtschaftlicher Vorgänge die wirtschaftstenden Subjecte mit ihren so mannichfaltigen, wirtschaftlichen und ethischen Zielen durcheinander verfolgenden Trieben, Neigungen und Fähigkeiten noch zu wenig in Auge gefaßt; ihrer einseitigen Auffassung von dem Selbstinteresse als der Triebfeder aller wirtschaftlichen Handlungen steht unvermittelt die eben so einseitige Auffassung des Socialismus vom Gemeinnutzen gegenüber. Es ist eben noch nicht gelungen, wissenschaftlich den Durchschnittsmenschen zu construiren, an welchem die Möglichkeit einer vollständigen Umgestaltung unserer heutigen Produktionsweise gemessen werden könnte. Ob dieses überhaupt gelingen wird, müssen wir dahingestellt sein lassen, aber jeder Versuch in dieser Richtung scheint und der Anerkennung werth zu sein, und als solchen Versuch begrüßen wir heute die Broschüre: „Die Unvereinbarkeit des socialistischen Zukunftsstaates mit der menschlichen Natur“, von Dr. W. Schaefer, Dozent der Nationalökonomie am Polytechnicum zu Hannover. Der Verfasser hat seine Ideen zunächst nicht in wissenschaftlicher Form, sondern in einer populären, für ein socialdemokratisches Arbeiterpublicum bestimmten Rede niedergelegt, was insofern zu billigen ist, als es sich auf dem bislang noch so wenig angebauteu psychologischen Gebiete zunächst nur um Anregungen handeln kann.

Zur Orientfrage schreibt die „Prov.-Corr.“: „In der europäischen Lage ist eine wesentliche Ver-